



Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit  
Fondation pour la collaboration confédérale  
Fondazione per la collaborazione confederale  
Fundaziun per la collavuraziun federala

# **Anhang I**

**Analyse von parlamentarischen Vorstössen in den  
eidgenössischen Räten 2014**

**Föderalismusmonitoring 2014**

# Parlamentarische Vorstösse in den eidgenössischen Räten 2014

Die in den eidgenössischen Räten eingereichten parlamentarischen Vorstösse (parlamentarische Initiativen, Motionen und Postulate) werden nach föderalistischen Gesichtspunkten untersucht.

Die Ergebnisse der Prüfung der parlamentarischen Vorstösse werden beispielsweise durch das politische Umfeld, die wirtschaftliche Lage und die Ereignisse bestimmt, die das entsprechende Jahr geprägt haben. Im Übrigen weisen die entsprechenden Feststellungen auch eine subjektive Dimension auf, weil die angewandten Kriterien einen gewissen Interpretationsspielraum bieten. Folglich sind eher die allgemeinen Trends und Stossrichtungen als die detaillierten Zahlen zu berücksichtigen.

## 1 Auswahlverfahren und Methode

Untersucht wurden nur Vorstösse mit Bezug zum Föderalismus. Die Auswahl erfolgte dabei in zwei Schritten:

A In einem ersten Schritt wurde über eine Volltextsuche mit dem Wortstamm «kanton» nach potenziell für die Kantone relevanten Vorstössen gesucht. Von den 2014 insgesamt eingereichten 696 Vorstössen wurden so 284 oder 40% herausgefiltert.

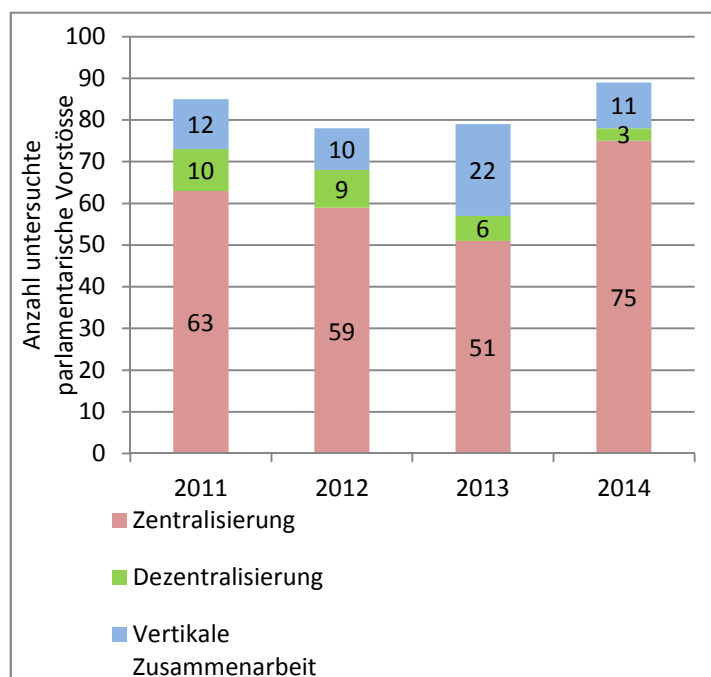
B In einem zweiten Schritt wurden diese 284 Vorstösse in einem qualitativen und folglich subjektiven Verfahren einzeln gesichtet und auf Relevanz in Bezug auf die föderalistischen Beurteilungskriterien geprüft. Diese zweite Auswahl ergab 89 Vorstösse, was rund 13% aller in der Erhebungsperiode eingereichten Vorstösse entspricht.

Die ausgewählten 89 Vorstösse wurden in der Folge vertiefter analysiert. Dabei gilt es zu beachten, dass die Beschlüsse der eidgenössischen Räte zu den untersuchten Vorstössen nicht berücksichtigt wurden, sondern nur die Texte der Vorstösse. Gestützt auf die Analyse wurden die Vorstösse schliesslich in drei Kategorien unterteilt:

- Zentralisierung: Der Vorstoss zielt in seiner Stossrichtung auf die Zentralisierung eines Aufgabenbereichs ab.
- Dezentralisierung: Der Vorstoss respektiert den Grundsatz der Subsidiarität und schlägt eine dezentrale Problemlösung vor.
- Vertikale Zusammenarbeit: Der Vorstoss verlangt eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen (z.B. um die Wirksamkeit von Massnahmen zu erhöhen oder Doppelspurigkeiten abzubauen).

## 2 Entwicklung der parlamentarischen Vorstösse in der Erhebungsperiode (vgl. Grafik 1)

Eine Mehrheit der analysierten Vorstösse weist eine zentralistische Stossrichtung auf (75 bzw. 84%). Nur eine Minderheit der Vorstösse schlägt dezentrale Lösungen vor (3 bzw. 4%). Die restlichen Vorstösse sind auf eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen ausgerichtet (11 bzw. 12%). Diese Feststellung gilt für das Erhebungsjahr, bildet folglich eine Momentaufnahme und zeigt nicht unbedingt einen langfristigen Trend auf.



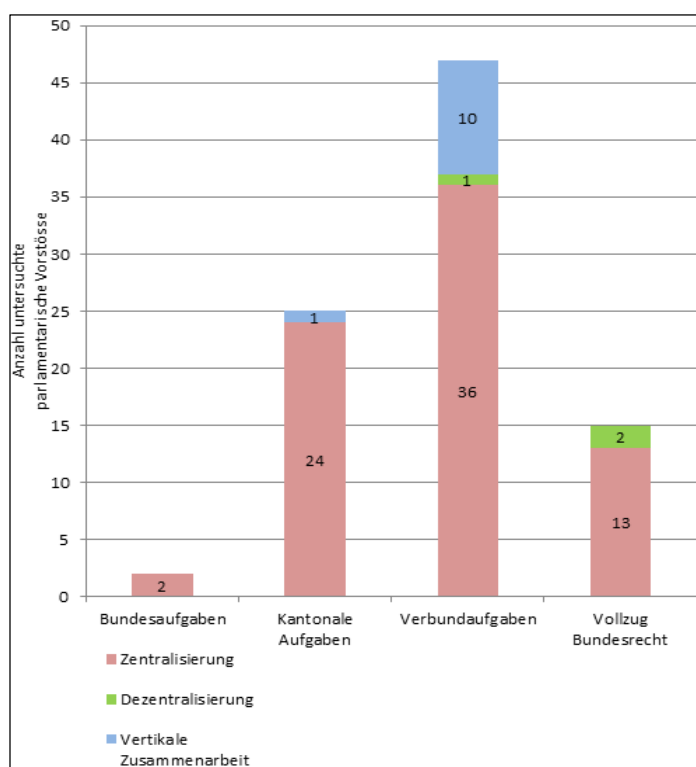
Grafik 1

### 3 Gliederung nach materiellen Kriterien

Im Folgenden werden die Vorstösse nach materiellen Kriterien gegliedert. Es wird einerseits nach Aufgabentyp und andererseits nach Politikbereich unterschieden.

#### Unterscheidung nach Aufgabentyp (vgl. Grafik 2)

Die analysierten parlamentarischen Vorstösse bezogen sich hauptsächlich auf kantonale Aufgaben<sup>1</sup> sowie auf Verbundaufgaben von Bund und Kantonen<sup>2</sup> (nachfolgend: Verbundaufgaben). Die restlichen Vorstösse standen im Zusammenhang mit Bundesaufgaben<sup>3</sup> oder dem Vollzug von Bundesrecht<sup>4</sup>. Wird bei der Gliederung der Vorstösse nach Aufgabentyp unterschieden, ergibt sich folgendes Bild: Die meisten Vorstösse mit zentralistischer Stossrichtung betreffen Verbundaufgaben (36 bzw. 76%) oder kantonale Aufgabenbereiche (24 bzw. 96%). Bei den Verbundaufgaben wird auch eine stärkere vertikale Zusammenarbeit angestrebt (10 bzw. 21%). Schliesslich lässt sich die Zentralisierung auch im Rahmen des Vollzugs von Bundesrecht über eine zunehmende Beteiligung des Bundes feststellen (13 bzw. 87%).<sup>5</sup>



Grafik 2

<sup>1</sup> Kantonale Aufgabe: Die Kantone sind für die gesetzliche Regelung und für die Erbringung der Leistung zuständig. Beispiele: Gesundheitswesen (abgesehen vom Krankenversicherungsgesetz), obligatorische Schulen, Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, Sozialarbeit, Raumplanung.

<sup>2</sup> Verbundaufgabe: Bund und Kantone sind für die Aufgabenerfüllung gemeinsam zuständig und teilen sich Verantwortung und Finanzierung. Beispiele: Einkommens- und Vermögenssteuern, NFA, Universitäten, Regionalverkehr, Ergänzungsleistungen, Denkmalpflege.

<sup>3</sup> Bundesaufgabe: Der Bund ist für die gesetzliche Regelung und für die Erbringung der Leistung zuständig. Beispiele: Aussenpolitik, Grenzwachtkorps, nationales Elektrizitätsnetz.

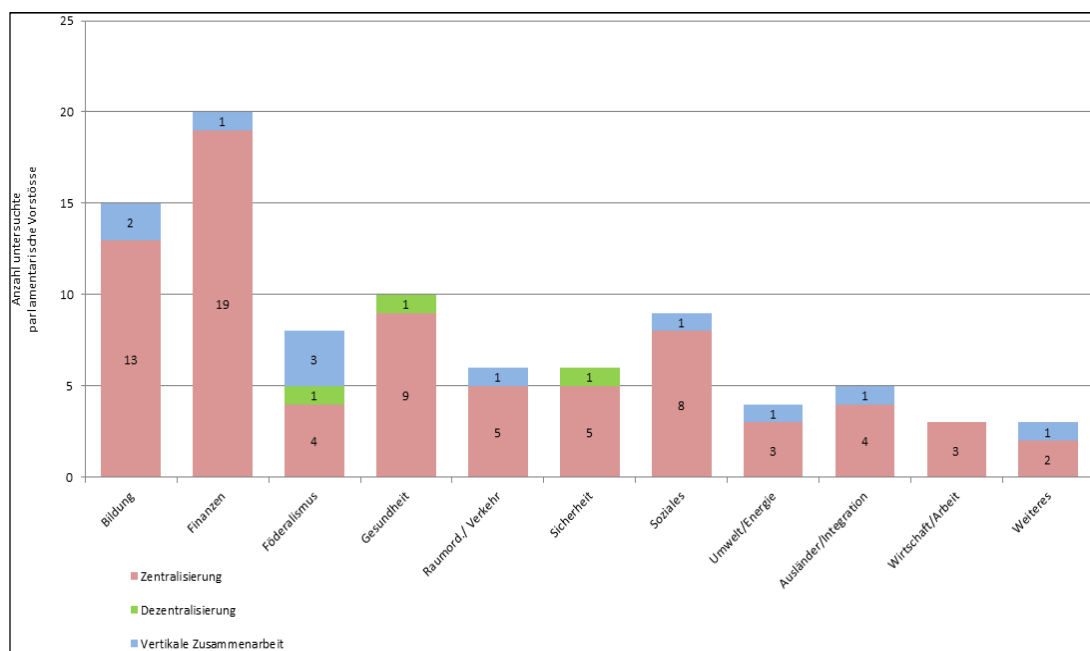
<sup>4</sup> Vollzug von Bundesrecht: Während der Bund für die gesetzliche Regelung zuständig ist, sorgen die Kantone für den Vollzug bzw. die Erbringung der Leistung. Beispiele: AHV/IV, Mineralöle.

<sup>5</sup> Die Prozentwerte in den Klammern beziehen sich jeweils auf das Total der untersuchten Vorstösse pro Aufgabentyp, z.B. Zentralisierung bei Verbundaufgaben: 36 = 76% der insgesamt 47 eingereichten Vorstösse zu den Verbundaufgaben (47 = 100%).

### Unterscheidung nach Politikbereich (vgl. Grafik 3)

Die Gliederung nach Politikbereich zeigt, dass vier Bereiche 60% der analysierten parlamentarischen Vorstösse (54 von 89) ausmachen: Finanzen, Bildung, Gesundheit und Soziales. Besonders ausgeprägt ist der Zentralisierungstrend bei:

- den mit den Finanzen zusammenhängenden Verbundaufgaben (19 bzw. 95%)<sup>6</sup>;
- den kantonalen Aufgaben (7 bzw. 47%) und den Verbundaufgaben (5 bzw. 33%) im Bereich Bildung;
- den Aufgaben für den Vollzug von Bundesrecht im Bereich Gesundheit (5 bzw. 50%);
- den Verbundaufgaben im Bereich Soziales (5 bzw. 55%).



Grafik 3

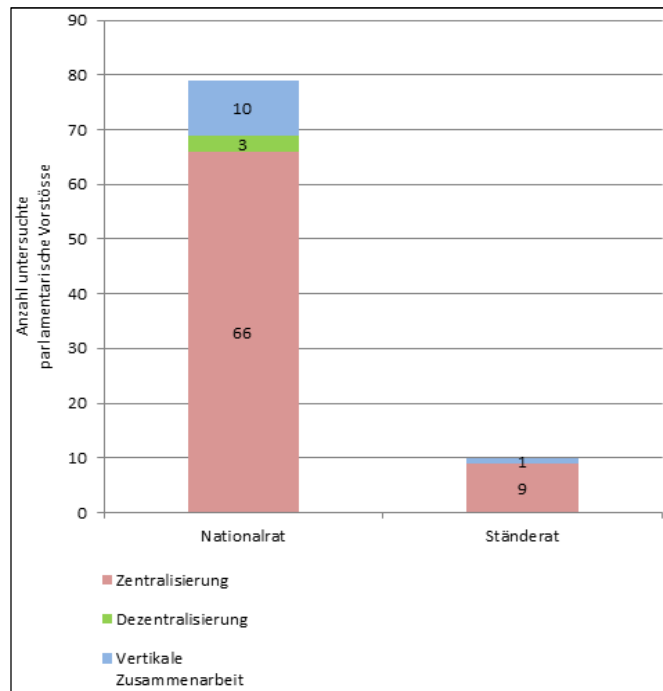
Anmerkung: Unter «Weiteres» sind die Politikbereiche Familie/Jugend sowie parlamentarische Vorstösse zu verschiedenen anderen Bereichen zusammengefasst.

<sup>6</sup> Die Prozentwerte in den Klammern beziehen sich jeweils auf das Total der untersuchten Vorstösse mit zentralisierender Stossrichtung pro Politikbereich und Aufgabentyp, z.B. Zentralisierung im Bereich der mit Verbundaufgaben zusammenhängenden Finanzen: 19 = 89% der insgesamt 20 in diesem Bereich eingereichten Vorstösse (20 = 100%).

## 4 Gliederung nach Akteuren

Im Folgenden werden die Vorstösse nach Akteuren gegliedert. Dabei wird nach der Rats- sowie der Fraktionszugehörigkeit unterschieden.

### Unterscheidung nach Ratszugehörigkeit (vgl. Grafik 4)<sup>7</sup>

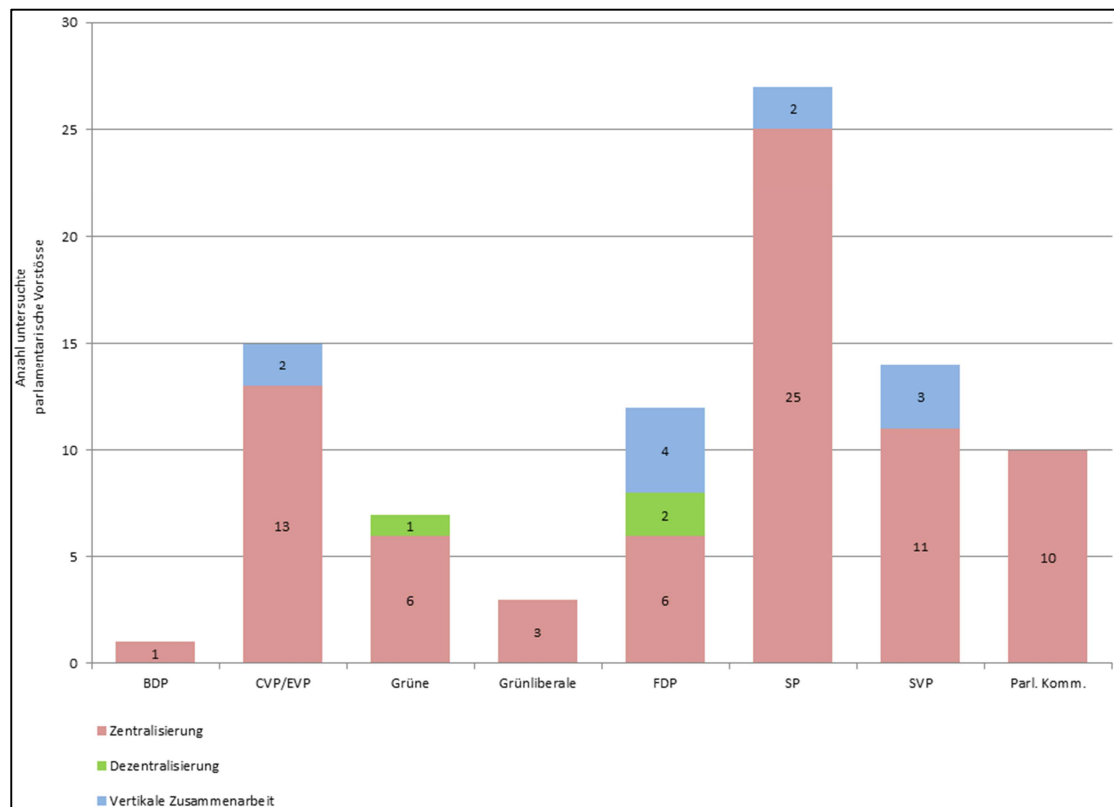


Grafik 4

<sup>7</sup> Die Prozentwerte in den Klammern beziehen sich jeweils auf das Total der untersuchten Vorstösse, die im jeweiligen Rat eingereicht wurden, z.B. Zentralisierung im Nationalrat: 66 = 83% der insgesamt 79 im Nationalrat eingereichten Vorstösse (79 = 100%).

## Unterscheidung nach Fraktionszugehörigkeit (vgl. Grafik 5)<sup>8</sup>

An der Spitze der Vorstösse mit zentralistischer Stossrichtung stehen die parlamentarischen Kommissionen (10 bzw. 100%).



Grafik 5

<sup>8</sup> Die Prozentwerte in den Klammern beziehen sich auf das Total der untersuchten Vorstösse des jeweiligen Akteurs, z.B. Vorstösse mit zentralistischer Stossrichtung aus der SP-Fraktion: 25 = 93% der insgesamt 27 eingereichten Vorstösse aus dieser Fraktion (27 = 100%).



Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit  
Fondation pour la collaboration confédérale  
Fondazione per la collaborazione confederale  
Fundaziun per la collavuraziun federala

Dornacherstrasse 28A  
Postfach 246  
CH-4501 Solothurn  
Tel +41 32 346 18 00  
Fax +41 32 346 18 02  
[info@chstiftung.ch](mailto:info@chstiftung.ch)  
[www.chstiftung.ch](http://www.chstiftung.ch)